

## REGIONALKONFERENZ ZU HERZOG-KONZEPT CDU diskutierte mit Merkel und Meyer



Über eintausend CDU-Mitglieder aus Berlin und Brandenburg diskutierten mit Angela Merkel und Laurenz Meyer über die Vorschläge der Herzog-Kommission zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Die Bundesspitze der Union stellt derzeit die Reformkonzepte der CDU bundesweit im Rahmen von Regionalkonferenzen zur Diskussion - so auch im Neuköllner Estrel-Hotel. Allen Teilnehmern wurde deutlich vor Augen geführt, dass die vier Sozialversicherungen angesichts der Bevölkerungsentwicklung dringend reformiert werden müssen. Einigkeit herrschte auch darüber, dass die Zukunft von Krankenversicherung, Pflege, Arbeitslosenversicherung und Rente von einer positiven Wirtschaftsentwicklung in Deutschland abhängen. In dieser zentralen Zukunftsfrage warf Angela Merkel der rot-grünen Bundesregierung und Kanzler Schröder komplettes Versagen vor. Über die Ausgestaltung der Reformen wird in der CDU deutschlandweit noch bis zum kommenden Bundesparteitag, der Anfang Dezember in Leipzig stattfindet, diskutiert.

## Neuverschuldung und Wirtschaftsgutachten Abwärts mit ROT-GRÜN

Das einzig positive an den Zahlen: Sie lügen nicht. Finanzminister Eichel wird auf die hohe Neuverschuldung noch eins draufsatteln. Statt ursprünglich geplanter 18,9 Milliarden ging Eichel zuletzt von 42 Milliarden Euro aus. Nun kommen noch einmal 1,4 Milliarden dazu. Insgesamt mehr als das Doppelte des Geplanten! Zugleich reduzierte Wirtschaftsminister Clement die Wachstumsprognose für 2004. CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer stellt dazu fest: „Das Gutachten von heute heißt nichts anderes als: Rot-Grün beschert Deutschland das dritte Jahr Stagnation in Folge. Schröders Wirtschaftspolitik ist ein einziges Verwalten des Mangels; Wachstum und Mehren des Wohlstands in

Deutschland hat dieser Kanzler als Ziel längst aufgegeben.“ Meyer weist darauf, dass positive Impulse allein aus dem Ausland kommen. Meyer: „Rot-Grün hat mit dieser Entwicklung auf jeden Fall nichts zu tun. Im Gegenteil: Noch nie hat eine Bundesregierung Bürger und Unternehmen derart verunsichert wie die jetzige. Noch nie waren so viele Menschen ar-



beitslos, noch nie meldeten so viele Unternehmen Konkurs an. Über 40.000 Unternehmen steuern in diesem Jahr in die Pleite - das sind 110 pro Tag oder fünf in der Stunde.“ Die logische Folge sei, so der CDU-Politiker, dass die Zahl der Beschäftigten immer weiter zurückgehe. „Im Vergleich zum Vorjahr arbeiten 650.000 Menschen weniger in Deutschland. Auch dieser Trend

wird sich weiter fortsetzen. Das heißt: Diese Menschen fehlen als Steuerzahler und Beitragszahler für die sozialen Sicherungssysteme. Auch die Hartz-Vorschläge werden an dieser traurigen Lage nichts ändern - das haben die Wirtschaftsforscher dem Kanzler noch einmal ausdrücklich bestätigt.“ stellt Meyer fest. Michael Glos von der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag sagt dazu: „Finanzminister Hans Eichel wäre gut beraten, die regierungsamtlichen Pamphlete über die von Rot-Grün versprochene Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik einzustampfen. Was Eichel betreibt, ist eine verantwortungslose Abwälzung finanzpolitischer Lasten auf kommende Generationen unter dem Motto >Nach mir die Sintflut.<.“ (dr)

## Der Letzte macht das Licht aus?

(Fortsetzung von Seite 1)

Inzwischen gebe es 650.000 weniger Beschäftigte, also auch entsprechend weniger Beitragszahler als im Vorjahr. Angela Merkel kündigte an, dass sich die CDU an der Debatte um eine kurzfristige Lösung der Rentenprobleme nicht beteiligen werde, da es sich hierbei um ein klares Verschulden der Bundesregierung handle. Es sei einhellige Meinung in der CDU, dass es „mit einer unionsgeführten Bundesregierung nicht zu einer solchen Lage gekommen wäre“. Auch die Ökosteuern habe sich als „vollkommener Irrweg“ erwiesen. 18,8 Milliarden Euro Ökosteuern hätten die Probleme nicht gelöst, sondern nur „Strukturmaßnahmen“ verhindert. Mit Blick auf den Antrag an den Leipziger Parteitag „Deutschland fair ändern“ sagte Angela

Merkel, die CDU-Führung habe Generalsekretär Laurenz Meyer beauftragt, die Vorschläge für einen sozialen Ausgleich bei der Gesundheitsprämie zu koordinieren. Am 3. November wird das Steuerkonzept, an dem Friedrich Merz arbeitet, dem Präsidium zur Beratung vorliegen. Die programmatischen Weichenstellungen der Union müssten in einem Zeitfenster zwischen Oktober und Dezember 2004 erfolgen. Die SPD und die Regierung Schröder ranke erkennbar daran, dass sie ihre 16 Oppositionsjahre nicht genutzt habe, um sich auf die Regierungsverantwortung vorzubereiten. Dies habe zu den Not-Operationen geführt, die jetzt auf dem Rücken der Menschen ausgetragen würden. (mw)

# Herzog - Kommission: Fragen und Antworten

**Was ist eine Gesundheitsprämie?**  
Die solidarische Gesundheitsprämie, die wir vorschlagen, wird individuell für den Einzelnen berechnet. Ihre Höhe hängt unter anderem von Annahmen darüber ab, wie sich der medizinische Fortschritt und das Verhältnis von Alt

Bei der werden die tatsächlichen Gesundheitskosten jedes Jahr auf alle Versicherten umgelegt. Da die Kosten wegen des Fortschrittes in der Medizin jährlich steigen und die Zahl der Erwerbstätigen aufgrund der demographischen Entwicklung ständig sinkt, muss jeder einzelne

viel Kapital ansparen, dass die Prämien der Älteren nicht höher werden als die der Jüngeren. So können auch für die älteren Versicherten beim Umstieg in das neue System stabile Beiträge garantiert werden, die denen eines neu in das System eintretenden jungen Menschen entsprechen.

Im heutigen System kommen nur diejenigen Leistungsträger für den erforderlichen Solidarausgleich auf, die gesetzlich krankenversichert sind. Das sind etwa 90 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland. Die übrigen 10 Prozent sind privat versichert oder Beamte und werden deshalb nicht für den Solidarausgleich für die Einkommensschwachen herangezogen. Anders bei der Gesundheitsprämie: Hier erfolgt der Solidarausgleich nicht nur über die im System versicherten, sondern über alle Steuerzahler. Bei einer Fi-

nanzierung des Ausgleichs über die Steuer werden alle Steuerpflichtigen und nicht nur die Versicherten in der gesetzlichen Versicherung an der Finanzierung beteiligt - auch die privat Versicherten und die Beamten. Zur Finanzierung werden dadurch alle Einkunftsarten herangezogen - nicht nur die Arbeitseinkommen. Der soziale Ausgleich wird über die Steuerprogression nach individueller Leistungsfähigkeit vorgenommen - und nicht nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Die verfügbaren Einkommen der

qualifizierten Facharbeiter und mittleren Angestellten werden deutlich gestärkt. Auf diese Weise wird der soziale Ausgleich zwischen großen und kleinen Einkommen sehr viel gerechter organisiert als im bestehenden System.

### Was bezahlt der Arbeitgeber?

Arbeit ist in Deutschland zu teuer. Folge: Immer mehr Firmen entlassen Mitarbeiter, Unternehmen gehen ins Ausland, ausländische Firmen investieren nicht in Deutschland. Deshalb gilt: Der Faktor Ar-

beit muss entlastet werden. Hauptschraube sind die Lohnnebenkosten. Sie sind zu hoch und müssen gesenkt werden. Deshalb schlagen wir vor, die Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung teilweise von den Arbeitskosten zu entkoppeln. Um den Arbeitgebern eine langfristig stabile Kalkulation der Arbeitskosten zu ermöglichen und die Lohnnebenkosten dauerhaft begrenzt zu halten, soll der Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung abgesenkt und bei 6,5 Prozent festgeschrieben werden.

Von diesem gedeckelten Arbeitgeberanteil sollen 5,4 Prozent steuerfrei dem Arbeitslohn des Versicherten zugeschlagen werden. Der Rest - in Höhe von 1,1 Prozent - soll der Arbeitgeber für das Krankengeld aufwenden.

### Was passiert mit dem Krankengeld?

Der Arbeitgeber muss im Herzog-Modell dafür sorgen, dass die Krankengeld-Absicherung seiner Beschäftigten gewährleistet ist. Grund: Schon heute sind die Arbeitgeber für die sechswöchige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zuständig. Durch die Übernahme der Anschlussleistung Krankengeld durch den Arbeitgeber wird die Trennung der Zuständigkeiten für Lohnfortzahlung und Krankengeld aufgehoben. Darüber hinaus erhöht eine solche Zuordnung das Interesse der Arbeitgeber, gute Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu schaffen. Das Herzog-Modell sieht vor, dass die Arbeitgeber in Zukunft 1,1 Prozent von dem bei 6,5 Prozent gedeckelten Arbeitgeberanteil verwenden, um damit Krankengeld-Versicherungen für ihre Beschäftigten abzuschließen.

### Wie lange sollen wir in Zukunft arbeiten?

Grundsätzlich sollen alle nach 45 Beitragsjahren in Rente gehen kön-

### Empfehlungen zur Alterssicherung – Eckpunkte

Leitlinien	Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> <li>Stabilisierung GRV als solidarische und leistungsbezogene Versicherung</li> <li>Stärkung Eigenverantwortung aller Versicherten</li> <li>Solide Finanzierung auch für künftige Generationen</li> <li>Aufbau eigener Anwartschaften von Erziehenden</li> <li>Stärkere Familienförderung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Beibehaltung Kernelemente der GRV (Versichertenkreis, Beitragsbasis, Parität), stabilisiert durch: <ul style="list-style-type: none"> <li>Ausweitung Beitragszeiten (kürzere Ausübung, flexibler Rentenzugang, Abbau Frühverrentung, Erhöhung gesetzliches Rentenzugangsalter auf 67)</li> <li>Erweiterter Demografiefaktor (Renten Anpassung in Abhängigkeit von Demographie und Erwerbstätigkeit)</li> </ul> </li> <li>Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren (Korridor 63-67 Lebensjahre)</li> <li>Verdoppelung der anzurechnenden Kindererziehungszeiten bei Reduzierung Hinterbliebenenversorgung (Witwen/Witwer)</li> <li>Stärkung der demografieflexiblen betrieblichen und privaten Altersvorsorge</li> </ul>

### Systemwechsel in der Krankenversicherung

Übergangsphase bis 2013	Demografiefestes Prämienmodell ab 2013
<ul style="list-style-type: none"> <li>GKV-Beitragsatz insgesamt 13,4%</li> <li>AG: 5,4% plus Prämie für Krankengeld</li> <li>AN: 8,0%</li> <li>23 Euro (2013) für privat abgesicherte Leistungsbereiche</li> <li>Zahnärztliche und zahnmedizinische Behandlung</li> <li>Aufbau eines kollektiven Kapitalstocks von 290 Mrd. Euro (2013)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bildung individueller Altersrückstellungen aus Kapitalstock</li> <li>Einführung versicherungsmathematisch kalkulierter lebenslang konstanter Prämien für alle Versicherten (nach Alterskohorten) <ul style="list-style-type: none"> <li>254 Euro/Monat für Neuzugänge (2013)</li> <li>Max. 254 Euro/Monat für Altfälle (2013)</li> <li>Nach 2013 jeweils Prämienberechnung für neue Versichertenjahrgänge</li> </ul> </li> <li>Auszahlung Arbeitgeberanteil</li> <li>Sozialer Ausgleich für Geringverdiener aus Steuermitteln (ca. 27,3 Mrd. Euro)</li> </ul>

### Wer soll in Zukunft die Gesundheitsprämie bezahlen?

Erwachsene werden, unabhängig vom Familienstand, eine Gesundheitsprämie leisten, Kinder sind auch in Zukunft beitragsfrei mit-versichert.

### Was passiert mit Arbeitnehmern und Rentnern mit kleinen Einkommen?

Wir wollen einen fairen Solidarausgleich, weil die Gesundheit niemals zu eine

und Jung in der Bevölkerung entwickeln. Dazu kommen Altersrückstellungen: In jungen Jahren wird ein Teil der Prämie in einem Topf angespart; wenn mit zunehmendem Alter des Versicherten die Krankheitskosten steigen, dann sorgt das Kapital aus den Rückstellungen dafür, dass die monatliche Gesundheitsprämie für den Versicherten konstant bleibt und er mit 70 denselben Beitrag zahlt wie mit 20. Darin liegt übrigens der Unterschied zur so genannten „Kopfpauschale“:

Jahr für Jahr mehr bezahlen. Das wollen wir in unserem Modell der Gesundheitsprämie vermeiden.

### Wie schnell kann man unser Gesundheitssystem auf ein Prämienensystem umstellen?

Damit die älteren Versicherten keine Nachteile beim Umstieg erfahren, muss bereits bei der Vorbereitung des Umstiegs besonders auf die über 45-Jährigen Rücksicht genommen werden. Deshalb wollen wir das über einen Zeitraum von zehn Jahren vorbereiten, indem wir so-

Frage des Geldbeutels werden darf und für alle bezahlbar sein muss. Natürlich muss daher besonders auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Geringverdiener und Familien Rücksicht genommen werden. Wir werden die Belastung für den einzelnen Haushalt auf maximal 15 Prozent des Einkommens begrenzen.

### Warum ist die Gesundheitsprämie sozial gerechter als das bisherige System?



Die Herzog-Kommission

sogar darunter zustehen würde. Deshalb wollen wir prüfen, eine Mindestrente einzuführen. Diese sollte für Versicherte, die sehr lange in das System eingezahlt haben, etwa 15 Prozent über der Sozialhilfe liegen.

### Was soll sich im Bereich der privaten Vorsorge ändern?

Die „Riester-Rente“ ist aufgrund ihrer bürokratischen und praxisfremden Ausgestaltung gescheitert. Wir schlagen vor, das komplizierte Förderverfahren der privaten Altersvorsorge grundlegend zu vereinfachen. Allen muss klar sein, dass kein Weg an einer privaten und betrieblichen Vorsorge vorbeiführt. Betriebliche Altersvorsorgemodelle - wie etwa die Entgeldumwandlung - wollen wir auch in Zukunft fördern.